

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 59 (1965)
Heft: 2

Artikel: Brief unseres Sonderberichterstatters bei der UNO
Autor: Baer, Gertrude
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140970>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wiedergeburt gegeben werden und die Herzen der Männer und Frauen aller religiösen Überzeugungen zu einem Neubekenntnis ihres Glaubens an die Vorsehung Gottes und die Bruderschaft der Menschen bewegen. *Ich bezweifle, ob es in der Welt ein einziges soziales, politisches oder wirtschaftliches Problem gibt, das nicht leicht lösbar wäre, wenn Menschen und Nationen ihr Leben in Einklang mit der schlichten Lehre der Bergpredigt bringen würden.»**

Wer Leonhard Ragaz gekannt hat, weiß auch, daß sein nachstehender Ausspruch, der in den «Neuen Wegen» (Juni 1945) verzeichnet ist, nicht als Zeichen von Resignation, wohl aber als Ausdruck der Bewunderung gegenüber einem großen Menschen und Staatsmann zu werten ist:

«Wie anders wäre das alles, wenn Roosevelt lebte!»

Brief unseres Sonderberichterstatters bei der UNO

24. Januar 1965

Liebe Freunde!

Glatteis, Eiswind und Schneemassen machen es unmöglich, die Verabredungen für dieses Wochenende einzuhalten. Radiomeldungen bezeichnen Wege und Landstraßen für Fahrer und Fußgänger als «gefährlich». So bleiben, wie schon wiederholt, dringende Dinge unerledigt. Aber ich las William B. Lloyd's «Peace Requires Peacemakers» (Der Friede bedarf der Friedensmacher) (Center for the Study of Democratic Institutions, Santa Barbara, California), eine Broschüre, die das jahrhundertealte Experiment aktiver Vergleichs- und Versöhnungsverfahren der Schweizer Kantone untereinander behandelt.

Die Stagnation in den Versammlungsarbeiten liegt wie eine schwere Bürde auf allen verantwortungsbewußten Delegierten. Man hört zwar von befreundeten Teilnehmern, daß «hinter der Bühne» mit Zweck und Ziel gearbeitet wird, daß die jungen Staaten die Gelegenheit zu Erörterungen innerhalb der ihrer Majorität der 76 zugehörenden Gruppen der verschiedenen Kontinente und selbstverständlich auch mit andern Staaten weitgehend genutzt haben und daß der eigentliche Charakter der «Krise» und ihre tiefgehende international politische Bedeutung sehr viel klarer zutage getreten sind. Eine Krise von *diesem* Umfang, *dieser* Vielschichtigkeit läßt sich nicht länger mit

* Dieses Zitat stammt aus dem vom *Steinberg-Verlag* in Zürich herausgegebenen Buche: *Franklin D. Roosevelt: Amerikas Wege*. Auszüge aus seinen öffentlichen Reden und Dokumenten, gesammelt von Dagobert D. Runes. Andere Zitate sind einem Artikel von George Burchett, im *Beacon* (Melbourne Januar 1965) entnommen.

Red.

Zahlungsrückständen verdecken, so wichtig diese und die Ursachen, auf die sie zurückzuführen sind, auch sein mögen. Sie fordert Stellungnahme und Entscheidung. Diese werden erschwert und verzögert durch Rücksichten auf das Prestige gewisser Mächte, auf die prinzipiellen Gegensätze zwischen West und Ost und Nord und Süd, zwischen der *Minderheit* der industrialisierten Staaten und dem neuen *Mehrheitsblock* der ökonomisch schwachen Sechundsiebziger, zwischen den Staaten, die der Generalversammlung größere Rechte gewähren und denen, die dem — wenn auch zahlenmäßig erweiterten — Sicherheitsrat weiterhin die volle Verantwortung «für die Erhaltung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit» übertragen wollen. Selbstverständlich geht es auch um die Konfrontation des Nuklearklubs der Fünf — die gleichzeitig Inhaber der permanenten Sitze im Sicherheitsrat und besonders zur Erhaltung des Weltfriedens berufen sind — mit den übrigen Staaten, die verhindert werden sollen, Atomwaffen herzustellen oder sie zu kaufen.

Und über diesen und anderen Faktoren, die seit Jahren eine schwere politische Krise innerhalb der UNO voraussehen ließen, steht das Menetekel «Chinesische Volksrepublik», die mit ihren Wirtschaftsbeziehungen in den sich entwickelnden Ländern festen Fuß gefaßt hat. Die Zeit Volkschinas ist längst gekommen. Wird man es wagen, sich *noch* einmal der Verantwortung zu entziehen, es zu dem ihm gebührenden Sitz im Sicherheitsrat, in der Generalversammlung und allen anderen Organen der Vereinten Nationen zuzulassen? Man lamentiert über die Abwendung Indonesiens und schließt ein 700-Millionen-Volk weiterhin aus. Wer übernimmt die Verpflichtung, den Preis *hierfür* zu zahlen?

Es hat sich in dieser Institution (wie in allen anderen international arbeitenden Organisationen) gezeigt, daß die «friedliche Koexistenz» nur dann in «friedliche Kooperation» (im Falle der UNO) von 114 Ländern einmünden kann, wenn prinzipielle Gegensätze nicht beschönigt, sondern in sachlicher Diskussion analysiert und zu Vergleichen geführt werden, die Wege offen lassen oder neu öffnen für spätere endgültige Lösungen. Gegensätze bemänteln, sie «verkleistern», ruft «faulen» Kompromissen, die bei nächster Gelegenheit wiederum zum Stagnieren in Engpässen verurteilt sind. Dr. Raul Prebisch und gewisse Delegierte haben durch Geschick und unermüdliche Geduld in den Ausgleichsverhandlungen der Genfer Entwicklungs- und Handelskonferenz selbst in den schwierigsten Auseinandersetzungen Kompromißübereinkommen erreicht, die oft zu erstaunlichen und sichtbar ermutigenden Abstimmungen führten. In den kommenden Erörterungen der 55 Mitgliedstaaten umfassenden «Handels- und Entwicklungsexekutive» wird man manche neue Methoden der Zusammenarbeit versuchen, die dann hoffentlich befruchtend auch auf die politische Arbeit der UNO übergreifen werden, so daß so schwere Enttäuschungen wie die Kongodebatten im Sicher-

heitsrat endgültig der Vergangenheit angehören. Woher nehmen wir das Recht, von den jungen Menschen am Ruder der jungen Staaten, die soeben in das Weltgeschehen eingetreten sind, als selbstverständlich vorauszusetzen, daß sie sich in ihrer politischen und menschlichen Haltung wie Staatsmänner des 20. Jahrhunderts zeigen, während wir, die wir über Jahrhunderte währende politische Erfahrung, über den Großteil des materiellen, des wissenschaftlichen und technischen Besitzes der Welt verfügen, uns immer wieder und in erschreckendem Ausmaß wie «primitive Wilde» oder wie Überlebende des schwärzesten Mittelalters nur zu oft gebärden. Die Welt ist ein Ganzes — wie oft haben wir es festgestellt! Die enge Verflechtung ihrer mannigfachen Probleme wird immer offener und die Notwendigkeit immer dringender, in gemeinsamer Arbeit alle Lösungen zu finden oder zum mindesten Sofortmaßnahmen zu treffen, die in absehbarer Zeit zur Befriedung der Nöte der bekanntlich zwei Drittel der Weltbevölkerung umfassenden finanziell besitzlosen oder besitzarmen Länder führen müssen.

Eine Reihe von Chefdelegierten hat in diesen Tagen die Vorarbeiten für die totale Weltabrüstung als die Hauptaufgabe dieser 19. Generalversammlung bezeichnet und besonders gegen die Verbreitung der Nuklearwaffen Stellung genommen. Angesichts der schnellen Zunahme der mit Atomwaffen gefüllten «Zeughäuser» und der ehrgeizig-eifrigen Vervollkommnung dieser Massenmordwaffen scheint es einigen Vertretern ihrer Länder nun endlich an der Zeit zu sein, die Zahl der Nuklearmächte auf die heute existierenden fünf zu beschränken, die Verbreitung ihrer Waffen zu verhindern, den Moskauer Teilvertrag auf das Verbot der Untergrundteste zu erweitern («qualitative Einfrierung») und die Herstellung von für militärische Zwecke bestimmtem spaltbarem Material zu untersagen («quantitative Einfrierung»). Zu den hiermit zu verbindenden Kontrollnotwendigkeiten beziehungsweise -möglichkeiten haben wir uns fortlaufend während der Verhandlungen an der Genfer Abrüstungskonferenz geäußert.

Mir kommt es heute darauf an, die Ungeheuerlichkeit eines Zustandes erneut herauszustellen, der die Völker zwingt, sich damit abzufinden, fünf Mächten den Besitz von Waffen zuzugestehen, mit denen sie die ganze Menschheit umzubringen vermögen, während sie allen, außer sich selbst, den Zugang zu diesen Kampfmitteln versagen. Auf diese Situation scheint mir der Spruch zu passen, den gewisse bayrische Wähler auf ihre Wahlplakate druckten: «Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber!»

Es gibt bekanntlich keine Sicherheit gegen Überfall, Irrtum, Irresein oder Verbrechen, in wessen Besitz auch immer sich die Wasserstoffbombe befindet. Ein Verbot der Weitergabe nuklearer Waffen oder ihrer Herstellungs«rezepte» muß unbedingt Hand in Hand

gehen mit einem mit der Unterschrift der fünf «Besitzenden» versehenen Vertrag, in dem diese sich feierlich verpflichten, ihre nuklearen, biologischen, chemischen, radiologischen und psychologischen Kriegsvorbereitungen *sofort zu sistieren*, mit deren stufenweisem Abbau unverzüglich und nachweisbar zu beginnen und ihre Militärstationen mit Bemannung und Gesamtausrüstung aus fremden Gebieten und Gewässern zurückzuziehen! Sonst werden wir die Barbarei des Massenmordens *nie* überwinden. Man hat nicht das Recht, scheint mir, souveränen Staaten den Zugang zu *versagen* zu dem, was man selbst als krönenden Ausweis seiner eigenen Großmachtstellung betrachtet — es sei denn, daß man selbst ehrlich verpflichtende, nachprüfbare Anstrengungen macht, diesen Ausweis des «para bellum» zu ersetzen durch dringliche Maßnahmen zur Sicherstellung des Friedens und eines *menschenwürdigen* Lebens für alle.

Es versteht sich, daß wir stolz sind auf die Völker und Regierungen und sie nach Kräften unterstützen, die dank ihrer Vernunft, Weitsicht und inneren Unabhängigkeit die Beschaffung nuklearer Waffen ablehnen und die Denuklearisierung ihrer Länder oder ganzer Regionen bei der UNO anmelden.

Und meine letzte Bemerkung gilt der Hoffnung, daß nach gründlicher und verantwortungsbewußter Vorbereitung eine Konferenz sämtlicher Staaten einberufen werde, wie die Regierung Volkschinas sie seit Jahren befürwortet, auf der endlich der Anfang zur beschleunigten praktischen Durchführung der allgemeinen und totalen Abrüstung und ihrer ökonomischen und sozialen Konsequenzen zum Wohle der Völker gemacht werde . . .

Heute am 1. Februar hatte man wiederum zu einer Vollsitzung der Generalversammlung eingeladen. Auch diesmal war die große Halle dicht besetzt, und alle Anzeichen deuteten auf einen der nun typisch gewordenen «großen» Tage der Nichtenscheidungen. U Thant verlas eine lange Erklärung, in der er alle Argumente wiederholte, die er seit der Eröffnung am 1. Dezember als Gründe für die Ver tagungen von Abstimmungen und Beschlüssen angegeben hatte. Diesmal kam ihm noch der Konflikt wegen der Besetzung des Vorsitzes des ersten Komitees zu Hilfe: Soll ein Lateinamerikaner oder ein Ungar die Arbeiten dieses sehr wichtigen Komitees leiten? Man lese die Vereinigten Staaten Amerikas für Lateinamerika und die Sowjetunion für Ungarn. Dann wird daraus das allzu bekannte politische, das «garstige Lied» . . . Die Tendenz im Hause schien heute die Ver tagung der 19. Generalversammlung und beschleunigte Wiedereinberufung des Abrüstungskomitees der «Achtzehn» in Genf zu sein. *Unsere Lehre* aus dem beschämenden Schauspiel dieser Versammlung muß heißen: verschärfte Wachsamkeit und eine erneute, auf das höchste Maß angespannte weltweite Kampagne für die Abrüstung und Sicherung des Friedens.

Ihre Gertrude Baer